

15.09.2017

Kleine Anfrage 315

der Abgeordneten Anja Butschkau und Josef Neumann SPD

Zur Zukunft der geburtshilflichen Versorgung in NRW: Was plant die schwarz-gelbe Landesregierung?

Der deutsche Hebammenverband klagt über die zunehmende Unterversorgung bei der Geburtshilfe in Deutschland. Immer mehr Frauen finden keine wohnortnahen Angebote im Umfeld von Schwangerschaft und Geburt. Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat am 30.08.2017 in den Westfälischen Nachrichten angekündigt sich um die Zukunft der Geburtshilfe in NRW kümmern zu wollen. In dem Zeitungsartikel wird der Gesundheitsminister mit verschiedenen Vorschlägen zur Sicherstellung der Geburtshilfe in NRW zitiert. Demnach plant Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann eine Projektgruppe zur Zukunft der Geburtshilfe in NRW im Ministerium einzusetzen und kann sich auch den Einsatz von finanziellen Sonderzuschlägen zum Erhalt von Geburtsstationen vorstellen.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wann und mit welchen Personen wird Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann die in den Westfälischen Nachrichten am 30.08.2017 angekündigte Projektgruppe zur Zukunft der Geburtshilfe in NRW einsetzen und wann wird die Projektgruppe ihre Arbeit aufnehmen?
2. Bis wann soll die Projektgruppe Vorschläge zur Zukunft der Geburtshilfe in NRW erarbeiten und ab wann sollen diese in die Praxis umgesetzt werden?
3. Welches finanzielle Engagement stellt sich die Landesregierung zum Erhalt der geburtshilflichen Versorgung vor?

Datum des Originals: 13.09.2017/Ausgegeben: 15.09.2017

4. Wie wird die schwarz-gelbe Landesregierung die im Koalitionsvertrag angekündigte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Hebammen umsetzen?
5. In welcher Form und in welcher Höhe werden die finanziellen Sonderzuschläge zum Erhalt der geburtshilflichen Versorgung ausfallen?

Anja Butschkau
Josef Neumann